

Medieninformation "Frontal 21", 1.6.2021

Zu wenig Hilfe für sozial Schwache in der Pandemie Paritätischer Wohlfahrtsverband: "Armutszeugnis für die Politik"

Berlin.- In der Corona-Pandemie haben laut Paritätischem Wohlfahrtsverband sozial Schwache zu wenig staatliche Unterstützung erhalten. Die öffentliche Hand habe 2020 und 2021 etwa 500 Milliarden Euro ausgegeben, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Doch nur 1,6 Milliarden Euro seien an Transferleistungsempfänger geflossen. "Das ist ein Armutszeugnis für die Politik", kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Sozialverbandes gegenüber dem ZDF-Magazin "Frontal 21". Menschen, die auf Hartz IV, Grundsicherung im Alter sowie Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind, seien von der Politik vernachlässigt worden. Das sind in Deutschland etwa sieben Millionen Menschen. (*"Frontal 21" berichtet am Dienstag, 1. Juni 2021, um 21.00 Uhr im ZDF.*)

Sieben Millionen Menschen betroffen

Zu den direkten staatlichen Hilfen zählt der Verband anteilig den Kinderbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind im Jahr 2020 und in Höhe von 150 Euro in diesem Jahr. Außerdem erhalten in diesem Mai erstmalig Erwachsene einen Corona-Zuschlag in Höhe von 150 Euro, wenn sie Bezieher von Grundsicherung oder Sozialgeld sind. Dabei seien arme Menschen wirtschaftlich besonders von der Pandemie betroffen, so Schneider. Ihre Einkommenssituation habe sich zwar kaum verändert, doch die Ausgaben, vor allem für Lebensmittel, seien gestiegen. So seien die Lebensmittelausgaben der Tafeln über Monate geschlossen oder eingeschränkt gewesen, obwohl etwa zwei Millionen Menschen regelmäßig die Angebote nutzen würden. Außerdem sei für Kinder die Mittagsverpflegung in Schulen und sozialen Einrichtungen weggefallen. Und auch der Kauf von Masken oder Desinfektionsmitteln habe gerade arme Menschen wirtschaftlich härter getroffen als andere.

Eier und Gemüse teurer geworden

Jetzt kommen steigende Preise hinzu. Die Inflation ist in Deutschland im Mai 2021 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Bundesbank rechnet mit einem Anstieg auf bis zu vier Prozent. "Die Preise steigen bei dem, was man täglich braucht. So rutschen Menschen noch weiter in die Armut", warnt Schneider. Tatsächlich sind Lebensmittel teurer geworden. So haben sich Eier im Mai im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent verteuert, die Preise für Gemüse stiegen um sieben Prozent (Quelle: AMI vorläufige Zahlen Mai 2021). Der Preis für Superbenzin ist im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt).

<https://frontal21.zdf.de>

<https://twitter.com/Frontal21>

<https://facebook.com/Frontal21>

Berlin, 1. Juni 2021